

Der Rüstungswettlauf in Südasiens

von Christian Wagner

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verband sich vielerorts die Hoffnung auf eine "Friedensdividende". Die verringerten Militär- und Rüstungsausgaben sollten in den Bildungs- und Sozialbereich fließen, um Armut und Unterentwicklung dauerhaft zu überwinden. Südasiens ist zweifellos eine Region, die dringend eine solche Friedensdividende gebrauchen könnte: Die Milliardenbevölkerung des Subkontinents, die rund ein Fünftel der Menschheit stellt, muß im Durchschnitt mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 320 US-Dollar auskommen. Laut Weltentwicklungsbericht lebt allein hier fast die Hälfte aller Armen weltweit. Damit zählt Südasiens zweifellos zu den ärmsten Regionen der Erde.

Aufgrund der anhaltenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan - vor allem um die Zugehörigkeit Kaschmirs - gilt Südasiens aber auch als die Region, in der ein atomarer Schlagabtausch am ehesten möglich erscheint. Drei Kriege (1947, 1965 und 1971) zwischen beiden Staaten haben eine massive konventionelle und nukleare Aufrüstung zur Folge gehabt. 1984, 1986 und 1990 standen Indien und Pakistan erneut am Rand einer militärischen Auseinandersetzung, die die Gefahr einer nuklearen Eskalation hätte nach sich ziehen können. Große Teile des jeweiligen Staatshaushalts fließen weiterhin in den Rüstungs- anstatt in den Bildungs- oder Gesundheitsbereich. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Entstehung und den Folgen des Rüstungswettlaufs sowie möglichen Lösungsansätzen.

Der indisch-pakistanische Konflikt: Ursachen und Folgen

Die Begleitumstände der 1947 vollzogenen Teilung des britisch-indischen Kolonialreiches in die beiden unabhängigen Nachfolgestaaten Indien und Pakistan haben zugleich den Grundstein für die erbitterte Rivalität der beiden Nachbarn gelegt, die bis heute die politische Großwetterlage der gesamten Region prägt. Ausgangspunkt des Konflikts ist die heftig umstrittene und bis heute ungeklärte Frage der Zugehörigkeit Kaschmirs, das beide Länder für sich beanspruchen. Um die Bedeutung und Tragweite dieses Konfliktes zu erfassen, ist es notwendig, sich kurz den Gegebenheiten am Ende der britischen Kolonialherrschaft zuzuwenden.

Der indische Nationalkongress unter der Führung von Gandhi und Nehru bemühte sich in den Verhandlungen mit den Briten um die Wahrung der territorialen Einheit des gesamten Kolonialgebiets, fand jedoch in der Muslimliga unter der Führung von Jinnah einen erbitterten Gegner. Während Gandhi und Nehru die Auffassung vertraten, daß die Bevölkerung des Subkontinents ungeachtet von Religion und Sprache einer gemeinsamen Nation angehörten, proklamierte Jinnah die sogenannte Zwei-Nationen-Theorie. Demzufolge bildeten Hindus und Muslime aufgrund der bestehenden religiösen Unterschiede zwei eigenständige Nationen, die auch in zwei Staaten leben müßten. Jinnah konnte sich schließlich mit seinem Modell durchsetzen, so daß British-Indien nach dem Kriterium der Religionszugehörigkeit der Bevölkerungsmehrheit geteilt wurde. Die Ziehung neuer Grenzen löste eine Massenflucht von über zehn Millionen Menschen aus, die von unvorstellbaren Greueln begleitet wurde. Vor allem in der von den Teilungswirren besonders hart betroffenen Provinz Punjab, wo Muslime, Hindus und Sikhs seit Jahrhunderten auf engem Raum zusammenlebten, begingen Angehörige der drei Religionsgruppen grauenhafte Massaker mit mindestens 250.000 Toten. Ein Trauma, das bis in die Gegenwart das Verhältnis der betroffenen Religionsgemeinschaften belastet und die bilateralen Beziehungen der jungen Staaten überschattet.

Aus den muslimischen Mehrheitsgebieten im Nordwesten und Osten British-Indiens entstand der neue Staat Pa-

kistan, eines der merkwürdigsten Staatesgebilde der Neuzeit. Ein zweigeteiltes Land, dessen westliche und östliche Hälften mehr als 1.500 Kilometer auseinanderlagen, dessen Bevölkerungsmehrheit im Ostteil, dessen politische, wirtschaftliche und militärische Elite hingegen im Westteil lebte. Diese Kluft wurde durch die völlig verschiedenen Sprachen noch vertieft. Als Basis für einen einheitlichen Nationalstaat der so ungleichen Regionen diente einzig die gemeinsame Religion, der Islam.

Das Fürstentum Kaschmir bildete zum Zeitpunkt der Gründung der Nachfolgestaaten des britisch-indischen Kolonialreiches einen Sonderfall, da hier eine muslimische Mehrheit unter der Herrschaft eines hinduistischen Maharajas lebte, das allerdings erst durch die Protektion der Briten in dem formal unabhängigen Kleinstaat an die Macht gelangt war. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit Indiens und Pakistans im August 1947 griffen paschtunische Milizen Kaschmir an, um den Hindu-Herrscher zu stürzen, der sich für die Souveränität seines Reiches entschieden hatte und damit einem Anschluß an Pakistan im Weg stand. In seiner Not wandte sich der Maharaja daraufhin mit der Bitte um militärische Unterstützung an Indien, das allerdings als Gegenleistung den Beitritt zur Indischen Union verlangte. Nach der Unterzeichnung eines entsprechenden Vertrages eskalierten die Kämpfe zwischen indischen Truppen und den Paschtunenmilizen, denen wiederum reguläre pakistanische Armeeeinheiten zur Hilfe eilten, zum ersten indisch-pakistanischen Krieg, der 1949 durch Vermittlung der Vereinten Nationen mit einem Waffenstillstand und der Teilung Kaschmirs endete. Seit dieser Zeit ist die Zugehörigkeit des indischen Teils von Kaschmir immer wieder Anlaß für politische und militärische Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern gewesen. Die nach zwei entsprechenden UN-Resolutionen von Indien versprochene und von Pakistan immer wieder angeforderte Volksabstimmung über die endgültige Zugehörigkeit Kaschmirs ist von Indien bislang nicht durchgeführt worden. Stattdessen hat Indien seinen Teil Kaschmirs im Verlauf der fünfziger Jahre gegen den Protest der Völkergemeinschaft nach und nach als weiteren Bundesstaat in die Union integriert. Pakistan hat dagegen auf die formale Annektion der "Northern Areas" und "Azad



(aus: 'Manushi', Delhi)

Kashmir" verzichtet, um die Forderung eines Plebiszits in ganz Kaschmir aufrechterhalten zu können.

Seit Ende der 80er Jahre hat der Konflikt um Kaschmir eine neue Wendung genommen. Ausgelöst durch Wahlfälschungen zugunsten der 'Congress'-Partei und die brutalen Methoden, mit denen die indischen Behörden die Proteste der Opposition zu ersticken versuchten, haben sich neue Bewegungen wie die 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) gebildet, die nicht mehr den Anschluß an Pakistan, sondern einen von Indien und Pakistan unabhängigen Staat Kaschmir fordern. Der Versuch Indiens, den eskalierenden Aufstand mit militärischen Mitteln niederzuschlagen, hat bislang mindestens 30.000 Menschenleben gekostet, vor allem unter der Zivilbevölkerung. Internationale Menschenrechtsorganisationen haben den indischen Sicherheitskräften wiederholt massivste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

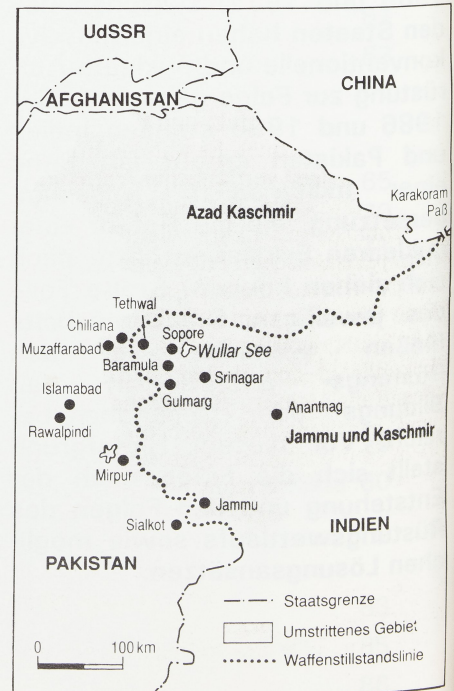
Auch die Aufständischen scheuen nicht

vor blutigen Bombenanschlägen, Entführungen und Fememorden zurück. Schätzungen gehen davon aus, daß inzwischen 300.000 bis 500.000 indische Soldaten und paramilitärische Verbände in dem Gebiet stationiert sind. Darüber hinaus belastet der Konflikt die Beziehungen zwischen beiden Staaten, da Indien Pakistan beschuldigt, separatistische Gruppen gezielt durch ehemalige Freiheitskämpfer aus Afghanistan sowie durch Ausbildung, Waffen und Rückzugsmöglichkeiten zu unterstützen.

Eine besondere Qualität erhält der Konflikt um Kaschmir durch die in dieser Frage aufeinanderprallenden unterschiedlichen Staatsideologien Indiens und Pakistans. Während die "Islamische Republik" Pakistan gemäß ihrem Selbstverständnis als Vertreterin muslimischer Interessen auf dem Subkontinent in Kaschmir das religiöse Selbstbestimmungsrecht der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung einklagt, dient Indien dieser einzige Bundesstaat mit muslimischer Mehrheit als Beleg für den

pluralistischen und säkularen Charakter sowie die Integrationskraft der Indischen Union. Während die Idee einer religiösen Grundlage des Staates die säkulare Konzeption Indiens verneint, bedroht zugleich der Säkularismus und Pluralismus der indischen Verfassung die religiöse Legitimation Pakistans.

Auf internationaler Ebene hatte der Dauerdisput um Kaschmir für beide Kontrahenten weitreichende Konsequenzen, die schließlich auch Südasiens zu einem Schauplatz des Kalten Krieges machten. Indien verfolgte zunächst im Stil einer selbstbewußten Großmacht eine auf Eigenständigkeit bedachte Außenpolitik mit Äquidistanz zu den beiden sich feindlich gegenüberstehenden Supermächten USA und UdSSR. Deshalb flankierte Delhi sein Engagement in der Blockfreien-Bewegung im regionalen Kontext von Anfang an mit einer Politik, die darauf abzielte, die Supermächte von Südasiens fernzuhalten, das als eigene Einfluß- und Interessensphäre definiert wurde. Dieser regionale Hege-



monialanspruch führte in den achtziger Jahren zur Formulierung der nach Indira Gandhi benannten "Indira-Doktrin". Demnach sollte allein Indien das Recht haben, bei Konflikten in den angrenzenden Staaten einzugreifen. In der Praxis legitimierte die Umsetzung der "Indira-Doktrin" beispielsweise das militärische Eingreifen in den Bürgerkrieg Sri Lankas in den Jahren 1987 bis 1990 und die Militärintervention von 1987 auf den Maldiven, um einen Putsch gegen die dortige Regierung niederzuschlagen.

Diese indischen Vormachtambitionen wurden allerdings von Pakistan nie akzeptiert. Deshalb suchte die pakistanische Regierung in der Hoffnung auf wohlwollende Unterstützung im Kaschmir-Konflikt schon früh mit einer pro-westlichen Bündnispolitik die Nähe der USA und trat 1954 der 'South East Asian Treaty Organization' (SEATO) und dem ein Jahr später in 'Central Treaty Organization' (CENTO) umbenannten 'Bagdad-Pakt' bei. Außerdem verstärkte Pakistan seine wirtschaftliche und militärische Kooperation mit China. Die Zusammenarbeit Pakistans mit den USA und China förderte wiederum die Annäherung Indiens an die Sowjetunion, die ihren Höhepunkt in der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrags von 1971 fand. Damit war der Versuch Indiens, Südasiens aus der Konfrontation der Supermächte herauszuhalten, gescheitert.

Die somit den bilateralen Kaschmirkonflikt überlagernden internationalen Bündnisstellungen förderten wechselseitige Bedrohungsperzeptionen und legten zugleich die Grundlage für die konventionelle und nukleare Aufrüstung auf dem Subkontinent. Während es im Falle Pakistans, zumindest bis zum Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1979, nur ein Feindbild und einen Konflikt - Indien und Kaschmir - gab, lassen sich für Indien verschiedene Bedrohungsstufen unterscheiden: Auf der südasiatischen Bühne ist zwar zunächst Pakistan zu nennen, aber im erweiterten Umfeld der Großregion galt lange Zeit China als weitaus größere Bedrohung, besonders nach der traumatischen Niederlage im Himalaya-Grenzkrieg von 1962. Die atomare Aufrüstung Indiens war in erster Linie eine Reaktion auf das chinesische Nuklearpotential. Hinzu kommt die eher diffuse Bedrohung durch extra-regionale Mächte im Indischen Ozean. Vor allem die Präsenz der USA mit ihrem Flottenstützpunkt Diego Garcia und das chinesische Engagement im benachbarten Myanmar (Birma) dienten als Rechtfertigung für einen massiven Ausbau der indischen Marine mit Atom-U-Booten und Flugzeugträgern.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und

dem Zerfall der Sowjetion haben sich allerdings inzwischen die internationalen Allianzen in Südasiens deutlich verschoben. Indien sah sich zunächst in der Rolle des Verlierers dieser Veränderungen, die den Zusammenbruch traditioneller Exportmärkte und das Ende des Handels auf der Basis von Rupien und Rubeln mit sich brachten. Ölimporte und von der Rüstungsindustrie benötigte militärische Ersatz- und Zulieferteile mußten plötzlich in Devisen bezahlt werden, was nicht nur die indische Wirtschaft in eine schwere Krise stürzte, sondern auch die Kosten für den Unterhalt der Armee und der laufenden Rüstungsprogramme enorm in die Höhe trieb. Mittlerweile konnten jedoch durch zahlreiche diplomatische Aktivitäten die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu den USA verbessert werden. Auch gegenüber China wurde eine Entspannung der Lage erreicht.

Auch Pakistan bekam die Folgen des weltpolitischen Wandels zu spüren. Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan verlor Pakistan aus dem Blickwinkel der amerikanischen Außenpolitik seinen Status als "frontline state". Stattdessen rückten die USA im bilateralen Verhältnis wieder das Problem der nuklearen Proliferation in den Vordergrund. Mit Hinweis auf das pakistanische Nuklearprogramm trat 1990 das "Pressler-Amendment" in Kraft, das die militärische und entwicklungspolitische Zusammenarbeit einstellte. Aufgrund ihrer großen Abhängigkeit von amerikanischen Rüstungsgütern kämpft die pakistanische Armee seitdem mit erheblichen Ersatzteilproblemen. Angesichts dieser Situation unterbreitete die iranische Regierung den Vorschlag, sich am pakistanischen Militärhaushalt im Gegenzug für eine engere rüstungstechnische Kooperation, vor allem im nuklearen Bereich, zu beteiligen. Die neuen internationalen Konstellationen führten auch zu einer Annäherung zwischen Rußland und Pakistan, das sich - wie Indien auch - um intensivere politische und wirtschaftliche Kontakte zu den neuen zentralasiatischen Republiken bemüht.

Der konventionelle Rüstungswettlauf in Südasiens

Mit Indien und Pakistan stehen sich nicht nur zwei Länder mit gegensätzlichen Staatsideologien gegenüber, sondern auch zwei Staaten, in denen die Armee jeweils eine völlig unterschiedliche Rolle einnimmt (siehe folgende Artikel). In Indien ist die Armee seit 1947 den zivilen Regierungen gegenüber stets loyal geblieben. Die Tradition der britischen Armee, sich politisch neutral zu verhalten, aber auch die Funktionstüchtigkeit der parlamentarischen Demokra-

tie und ihrer politischen Institutionen gelten als wichtigste Garanten für die Loyalität der Armee gegenüber den zivilen Regierungen. Dennoch ist der Einfluß der Armee vor allem durch ihr wachsendes Engagement in den innenpolitischen Krisengebieten Punjab, Assam und Kaschmir in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Es lassen sich jedoch keine ernstzunehmenden Putschambitionen von Offizieren gegenüber den demokratisch gewählten Regierungen ausmachen. Angesichts der skizzierten Konfliktlagen im bilateralen und internationalen Bereich sowie im Bewußtsein des eigenen Großmachtanspruchs, herrscht über Größe, Ausbau und Modernisierung der Armee sowie über den Verteidigungshaushalt stets ein breiter innenpolitischer Konsens. Die indische Armee umfaßt gegenwärtig rund 1,2 Millionen Soldaten. Hinzu kommen zahlreiche Sondereinheiten, etwa zur Grenzsicherung, zum Schutz von Industrieanlagen und für den Einsatz in den innerindischen Krisengebieten.

Im Gegensatz zu Indien spielt die Armee in Pakistan innenpolitisch eine sehr viel aktivere Rolle. Die Schwäche der demokratischen Institutionen, der Parteien und des Parlaments führten Ende der 50er Jahre zu einer Legitimitätskrise des jungen Staates und veranlaßte das Militär zum Eingreifen. Die Armee hat sich aber nicht nur als Hüterin der nationalen Einheit verstanden, sondern während ihrer Herrschaft (1958 bis 1971 und 1977 bis 1988) die politischen und gesellschaftlichen Strukturen des Landes nachhaltig geprägt, vor allem durch die Islamisierung des pakistanischen Staatswesens unter General Zia-ul-Haq (1977-1988). Aufgrund ihrer dominanten innenpolitischen Rolle und des Dauerkonflikts mit Indien wurde die Aufrüstung und Modernisierung der Armee nie in Frage gestellt. Die pakistanische Armee verfügt gegenwärtig über 580.000 Soldaten, zu denen 270.000 Mann in paramilitärischen Sondereinheiten hinzugezählt werden müssen.

Der Vergleich der Verteidigungsausgaben und ihres Anteils am Bruttoinlandsprodukt wird durch unterschiedliche Berechnungsgrundlagen erschwert. Bis Anfang der 60er Jahre lag der Anteil der Verteidigungsausgaben an den Gesamtausgaben der Regierung in Pakistan zumeist deutlich über 50 Prozent, in Indien bei 30 bis 40 Prozent. Der Anteil der Verteidigungslasten am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag bis 1970 in beiden Ländern bei etwa drei bis vier Prozent. Nach der Niederlage gegen Indien 1971 und der danach beginnenden Aufrüstung im konventionellen und nuklearen Bereich, stieg der Anteil der Verteidigungslasten am BIP in Pakistan bis 1986 auf sechs bis sieben Prozent. Das

konstante Wachstum der indischen Wirtschaft bescherte den Militärs in den 80er Jahren ebenfalls kräftige Zuwächse. So stiegen die Verteidigungsausgaben im Haushaltsjahr 1985/86 um 27,3 Prozent, und 1986/87 um weitere 21,1 Prozent. Aufgrund der Budgetkürzungen lag der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP 1994/95 in Indien bei 2,44 Prozent und in Pakistan bei 7,1 Prozent. Die unten stehende Tabelle veranschaulicht das weiterhin bestehende Übergewicht des Rüstungssektors bei den Regierungsausgaben im Vergleich zum Gesundheits- und Bildungsbereich:

Rüstungspolitisch verfolgten beide Länder unterschiedliche Strategien. Indien bemühte sich um den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie, ganz im Sinne der nationalen Wirtschaftspolitik, die in allen Bereichen eine weitgehende Eigenständigkeit anstrebte. Pakistan setzte hingegen stärker auf Waffenimporte, wobei neben den USA vor allem China eine zentrale Rolle spielte. Der Lieferboykott militärischer Güter durch westliche Staaten während der Kriege von 1965 und 1971 verstärkte zwar die Bemühungen um eine eigene Rüstungsproduktion, doch ist Pakistan bis heute in höherem Maße als Indien auf ausländische Waffenlieferungen angewiesen.

Die Dynamik des Rüstungswettlaufs war an bilaterale und internationale Krisen gekoppelt. Der pakistanische Beitritt zur SEATO und CENTO und die damit einhergehende Aufrüstung des Landes, löste auch in Indien verstärkte Rüstungsanstrengungen aus. Aber erst nach der Niederlage gegen China 1962 kam es zu einem massiven Ausbau der Rüstungsproduktion. Nehru verdoppelte den Anteil des Rüstungsetats auf vier Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit floß ein Viertel der Ausgaben der Zentralregierung in den militärischen und rüstungspolitischen Bereich. Der indisch-pakistanische Krieg 1965 änderte erneut die indische Rüstungspolitik. Das Waffenembargo der USA und Großbritanniens gegenüber den beiden kriegführenden Parteien führte Indien die möglichen Konsequenzen einer militärtechnischen Abhängigkeit von den Großmächten deutlich vor Augen. Nach dem Ende des Krieges wurden deshalb die Bemühungen um den Aufbau einer eigenen Rüstungsproduktion verstärkt.

Trotz der engen Zusammenarbeit mit

Bereich/Land	Indien	Pakistan
Verteidigung	15,0	27,9
Erziehung	2,1	1,6
Gesundheit	1,6	1,0

Ausgaben der Zentralregierungen in einzelnen Bereichen (in Prozent). Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht, Washington 1994

der Sowjetunion, auch auf militärischem Gebiet, bemühte sich Indien in den 70er Jahren um eine Diversifizierung seiner Lieferquellen für militärische Güter, um einer erneuten Einflußnahme im Konfliktfall vorzubeugen. Pakistan dagegen intensivierte nach 1965 seine militärtechnische Kooperation mit China, das bis zum Beginn des Afghanistankonflikts zum wichtigsten Waffenlieferanten Pakistans avancierte. Eine neue Phase des Rüstungswettlaufs setzte mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ein. Pakistan rückte damit ins Zentrum amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik und erhielt in der Folge umfangreiche militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die sich allein im Zeitraum 1987 bis 1993 auf rund vier Milliarden US-Dollar belief. Die Aufrüstung Pakistans mit modernster amerikanischer Waffentechnologie - vor allem durch die Lieferung moderner F-16 Kampfflugzeuge - löste in Indien Befürchtungen aus, daß diese Waffen auch gegen Indien eingesetzt werden könnten.

Die Mitte der 80er Jahre eingeleitete wirtschaftliche Liberalisierung und Öffnung des Landes blieb auch für die Rüstungsindustrie nicht ohne Folgen. Aufgrund der steigenden Kosten und der hohen Konkurrenz auf dem internationalen Waffenmarkt bemüht sich die indische Industrie seitdem zunehmend um internationale Partner für gemeinsame Rüstungsprojekte. Zudem hat die Auflösung der Sowjetunion für die indischen Streitkräfte beträchtliche Konsequenzen nach sich gezogen. Vor allem bei der Ersatzteilbeschaffung gab es zahlreiche Probleme, da sich die Fabriken jetzt in mehreren Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) befinden und der Handel nicht mehr auf Rubel/Rupien-Basis, sondern nur noch gegen harte Devisen durchgeführt wird. Trotz ihrer Probleme kann die indische Rüstungsindustrie mittlerweile wichtige Eigenproduktionen vor allem in der Raketenentwicklung vorweisen, darunter Trishul, eine Boden-Luft-Rakete mit einer Reichweite von neun Kilometern, Prithvi, eine Boden-Boden-Rakete mit einer Reichweite von 250 Kilometern und Agni, eine ballistische Rakete mit einer Reichweite von 2.500 Kilometern. Die beiden letztgenannten Systeme können auch als Träger Raketen für Atomsprenköpfe eingesetzt werden.

Ein Vergleich beider Streitkräfte zeigt auf allen Ebenen ein deutliches qualitatives und quantitatives Übergewicht Indiens. Das indische Heer gilt dem pakistanischen in allen Punkten überlegen - ganz gleich, ob man die Feuerkraft, die motorisierten Verbände oder die Panzerstreitkräfte betrachtet. Die indische Luftwaffe besitzt gegenüber der pakistanischen sogar eine zahlenmäßige Über-

legenheit von 5:1. Zudem können die indischen Kampfflugzeuge, darunter moderne MIG-29-Bomber, jeden Ort in Pakistan erreichen, was umgekehrt nicht möglich ist. Pakistan verfügt zwar über F-16-Jets, doch befinden sich große Teile der Luftstreitkräfte technologisch auf dem Stand der sechziger Jahre.

Angesichts der erdrückenden militärischen Überlegenheit Indiens verwundert es nicht, daß sich Pakistan ab Mitte der siebziger Jahre um Nuklearwaffen bemühte. Die vernichtende militärische Niederlage gegen Indien 1971 im Krieg um Ost-Pakistan, die Abspaltung Bangladeschs und die damit einhergehende Erschütterung der auf der "Zwei-Nationen-Theorie" beruhenden staatlichen Existenzgrundlage, die demütigenden Vertragsbedingungen im anschließenden Friedensvertrag von Simla sowie die Ankündigungen Indiens Anfang der siebziger Jahre, ein eigenes nukleares Forschungsprogramm zu starten, gaben hierbei den Ausschlag.

Das indische Nuklearprogramm

Nach der indischen Niederlage 1962 gegen China und der chinesischen Kernexplosion von 1964 sah sich Indien einer atomaren Bedrohung ausgesetzt und begann mit amerikanischer und kanadischer Hilfe ein eigenes Nuklearprogramm. Mit seinem Atomtest 1974 demonstrierte Indien zwar seine nukleare Potenz und trat in den Club der Atom-mächte ein, doch hatte diese technisch überflüssige Machtdemonstration politisch kontraproduktive Konsequenzen. Die wichtigsten Lieferländer für Kerntechnik schlossen sich 1975 in London zum 'Nuclear Suppliers Club' zusammen mit dem Ziel, Produkte und technische Verfahren an bestimmte Länder nicht mehr, bzw. nur noch unter internationaler Kontrolle zu liefern. Kanada und die USA setzten daraufhin diese Sanktionen gegenüber Indien in die Tat um.

Aber nicht nur internationale Lieferbeschränkungen behinderten das indische Nuklearprogramm. Ressourcenknappheit, bei gleichzeitig steigenden Kosten, Fehler bei der Planung und Durchführung sowie Probleme bei der Entsorgung haben die Fortführung des Programms deutlich verlangsamt. Indiens Ziel ist es, bis zum Jahr 2000 5.770 Megawatt Strom durch Kernkraftwerke zu produzieren. Allerdings können beim gegenwärtigen Stand nur maximal 4.000 Megawatt bis zu diesem Zeitpunkt erreicht werden. Obleich die Kernkraftwerke damit weniger als zwei Prozent des indischen Energiebedarfs liefern, ist das Land mit seiner nuklearen Infrastruktur weiterhin in der Lage waffenfähiges Plutonium herzustellen. Schätzungen gehen davon aus, daß Indien Anfang der

SAVE TODAY TO DEFEND TOMORROW

Invest in
DEFENCE SAVING CERTIFICATES

Earn upto **32.6%** average per annum
Income Tax Free Profit

No limit for Individual Investment

Security of
your investment
guaranteed by
the Government of Pakistan



Issued by
**Central Directorate of
National Savings**
C.D.A. BLOCK NO. 1, ISLAMABAD
PHONE : 829828 TELEX 5730 SAVE PK.
CABLE : CENSAVE

For Investment and details
please contact your nearest
National Saving Centre
or following authorised agencies
★ Post Office ★ Scheduled Banks
★ State Bank of Pakistan



SEE! YOU'VE GOT NO CAUSE FOR WORRY!
ALL THIS FOR YOUR SECURITY AND MORE

(links aus: 'Herald', Karachi; rechts aus: 'Manushi', Delhi)

90er Jahre etwa 40 atomare Sprengkörper besaß. Andere Prognosen gehen davon aus, daß Indien bis Ende 1995 ca. 420 Kilogramm waffenfähiges Plutonium besitzen wird, genug um daraus ca. 85 atomare Sprengsätze herzustellen. Die indischen Streitkräfte verfügen zudem über eine Reihe von Kampfflugzeugen und Raketen, die als Trägersysteme für Atomsprengsätze eingesetzt werden können.

Die Kosten und der Nutzen des Nuklearprogramms werden in Indien kaum in Frage gestellt, zu sehr gilt es als Symbol nationaler Größe und Souveränität. Dennoch stehen die Kosten des Programms in Konkurrenz zu anderen Entwicklungsvorhaben. 1983 wurden fünf Milliarden Rupien für das Nuklearprogramm bereitgestellt, ein im Vergleich zum gesamten Bruttoinlandsprodukt verhältnismäßig geringer Anteil. Mit dem gleichen Betrag könnte man innerhalb von zehn Jahren alle indischen Dörfer mit sauberem Trinkwasser versorgen.

Das pakistanische Nuklearprogramm

1965 wurde der erste pakistanische Forschungsreaktor mit amerikanischer Hilfe bei Rawalpindi in Betrieb genommen, seit 1972 produziert das bislang einzige Kernkraftwerk bei Karachi (KANUPP) Strom. Die nuklearen Anstrengungen Indiens wurden stets

mißtrauisch verfolgt und der damalige Außenminister Z.A. Bhutto erklärte bereits 1965: "Wenn Indien die Atombombe besitzt, dann werden die Menschen Pakistans Gras essen, um ebenfalls in Besitz der Atombombe zu gelangen." Nach der Niederlage von 1971 gegen Indien und der Abspaltung Bangladeschs, erwoh Pakistan ein eigenes Nuklearprogramm, um die militärische Übermacht Indiens zu kompensieren und das Risiko von Auseinandersetzungen im Sinn der gegenseitigen Abschreckung zu erhöhen.

Seit 1974 - dem Jahr der indischen Kernexplosion - bemühte sich Pakistan um den Ankauf einer Wiederaufbereitungsanlage, um das anfallende Plutonium der Anlage bei Karachi darin zu isolieren und waffenfähig machen zu können. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der restriktiven Haltung der Lieferländer Kanada, Frankreich und USA, die ihre nukleare Zusammenarbeit mit Pakistan einschränkten. Pakistanische Spezialisten versuchten daraufhin über den Weg der Urananreicherung mittels des sog. Gaszentrifugalverfahrens waffenfähiges Uran für den Bau von nuklearen Sprengsätzen herzustellen. Materialien, Technologie und Ausrüstungsgüter hierfür wurden auf verschiedenen illegalen Wegen, vorwiegend aus westeuropäischen Ländern (Schweiz, Großbritannien, Niederlande, Deutschland), nach Pakistan gebracht. Das Know-how er-

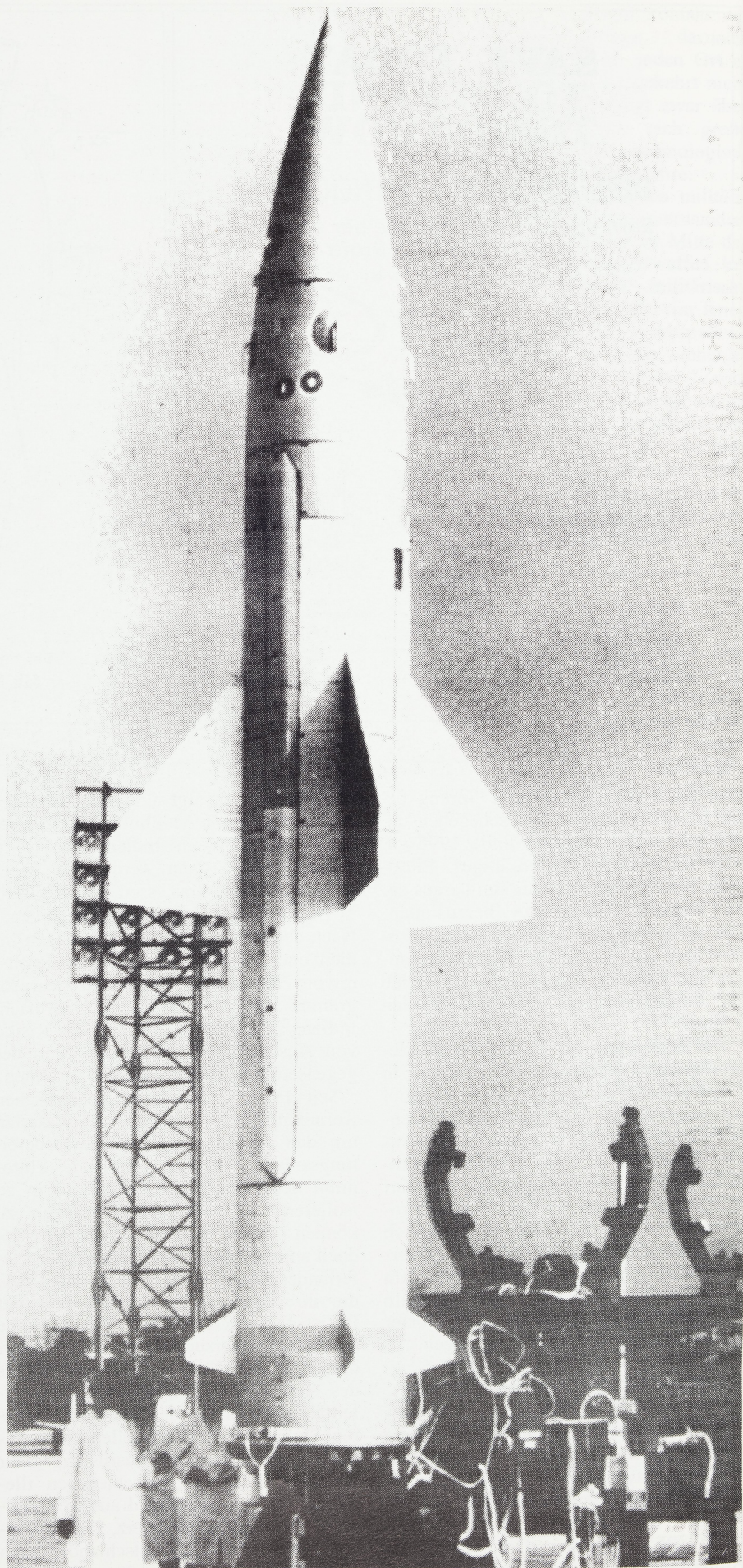
warben pakistanische Wissenschaftler, die bei westeuropäischen Firmen beschäftigt waren, wie z.B. A.Q. Khan, der - Recherchen des niederländischen Außenministeriums zufolge - von 1972 bis 1975 bei einer holländischen Firma für Urananreicherung tätig war, und nach seiner Rückkehr maßgeblich am Aufbau der Urananreicherungsanlage in Kahuta beteiligt war. Präsident Zia bestätigte 1981 die Existenz dieser Anlage, wobei er herausstellte, daß Pakistan niedrig angereichertes Uran für die Verwirklichung seiner Energiepläne benötige. Jedoch ist es mit solchen Anlagen auch möglich, hochangereichertes Uran für den Bau von nuklearen Sprengsätzen herzustellen. Die Spekulationen die Existenz einer pakistanischen Atombombe wurden 1992 endgültig beendet, als der pakistanische Außenminister in einem Gespräch mit der 'Washington Post' die Möglichkeit seines Landes betonte, nukleare Sprengkörper herstellen zu können. Schätzungen gehen davon aus, daß Pakistan 1992 über genügend Uran zur Herstellung von mindestens sechs nuklearen Sprengkörpern verfügte. Andere Schätzungen gehen davon aus, daß die Anlage in Kahuta jährlich waffenfähiges Uran für drei bis vier nukleare Sprengsätze produzieren kann. Vor allem durch die enge rüstungstechnische Kooperation mit China sollen die Baupläne für nukleare Sprengkörper

nach Pakistan gekommen sein. Mit den amerikanischen F-16 und französischen Mirage 2000 Kampfflugzeugen sowie chinesischen M-11 Raketen verfügt Pakistan ebenfalls über verschiedene Trägersysteme für Atomsprengköpfe. Darüber hinaus bemüht sich Pakistan um die Entwicklung einer eigenen Raketentechnologie (Hatf I und II), doch gibt es in diesem Bereich einen deutlichen Rückstand gegenüber vergleichbaren indischen Entwicklungen.

Die Entwicklung des pakistanischen Nuklearprogramms ist stärker als in Indien durch internationale Restriktionen beeinträchtigt worden. Vor allem bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie sind die anvisierten Ziele nicht zu erreichen und die damit entstehende Energielücke muß durch teure Importe gedeckt werden. Mittlerweile werden in Pakistan aber auch Stimmen laut, die angesichts der Entwicklungsprobleme des Landes eine stärkere nicht-militärische Ausrichtung des Nuklearprogramms fordern. Denn die Kosten des Programms übersteigen bei weitem die finanziellen Möglichkeiten des Landes, wobei Indien aufgrund seines technologischen Vorsprungs ohnehin nie eingeholt werden kann. Bedenkt man den nationalen Stellenwert dieses Programms, dann erstaunt diese neue öffentliche Auseinandersetzung, stellt sie doch grundlegende sicherheitspolitische Annahmen vergangener Militärregierungen in Frage.

Internationale Kontrollmöglichkeiten für die Nicht-Weiterverbreitung nuklearer Technologie

Seit der Gründung der Vereinten Nationen gab es verschiedene Bemühungen, multilaterale Abkommen zur Kontrolle der friedlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer Weitergabe zu erreichen. 1956 wurde die 'Internationale Atomenergie Organisation' (IAEO) gegründet, doch blieb den beteiligten Staaten eine Überwachung ihrer Nuklearanlagen freigestellt. Ein Durchbruch wurde mit dem 1970 in Kraft getretenen 'Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen' (Atomwaffensperrvertrag) erzielt, der auf Initiative der USA und der Sowjetunion zustande kam. Die nuklearen Potentiale der fünf Atommächte (USA, Sowjetunion, China, Großbritannien und Frankreich) wurden anerkannt. Die Weitergabe von Kernwaffen an Drittstaaten wurde untersagt und zugleich verpflichteten sich die fünf Nuklearmächte zur Abrüstung. Den Nichtkernwaffenstaaten wurde Annahme, Herstellung oder Besitz von Kernwaffen verboten, aber andererseits der Zugang zur friedlichen Nutzung der Atomenergie unter internationaler Kontrolle



Die indische Prithwi-Rakete (Foto: 'Sunday', Calcutta)

garantiert. Für die Unterzeichnerstaaten waren deshalb umfassende Kontrollen ihrer Nuklearanlagen durch die IAEA verpflichtend, die die illegale Abzweigung von spaltbarem Material aus dem Brennstoffkreislauf aufdecken sollten. Der Vertrag hatte zunächst eine Laufzeit von 25 Jahren. Im April/Mai 1995 fanden deshalb in New York Verhandlungen über die Fortführung des Vertrags statt, die schließlich mit seiner unbefristeten Verlängerung endeten, einer Position, die vor allem von den westlichen Ländern angestrebt worden war.

Mittlerweile gibt es nur noch wenige Länder, von denen angenommen wird, daß sie über Atomwaffen verfügen, die aber dem Vertrag nicht beigetreten sind. Hierzu zählen neben Israel vor allem Indien und Pakistan. Indien hat immer wieder auf den diskriminierenden Charakter des Vertrags hingewiesen und sich deshalb geweigert, ihn zu unterzeichnen. Daß die fünf bisherigen Atommächte, die zugleich Mitglieder des Weltsicherheitsrates sind, mit diesem Vertrag ihre eigene Atomrüstung legitimierten und gleichzeitig anderen Staaten den Zugang dazu verwehren, war und ist in den Augen vieler indischer Politiker ein unerträglicher Zustand. Hierin wird die Etablierung einer globalen Zwei-Klassen-Gesellschaft gesehen, die dem Anspruch der Gleichberechtigung der Staaten widerspricht und sich auch nicht mit indischen Großmachtambitionen verträgt. Aufgrund der Bedrohung durch Indien hat sich auch Pakistan bislang geweigert, den Vertrag zu unterzeichnen.

Neben dem Atomwaffensperrvertrag und dem 'Nuclear Suppliers' Club' nehmen vor allem die USA bei der Nichtweiterverbreitung nuklearer Technologie eine zentrale Rolle ein. Wichtigstes Element hierbei ist der 'Nuclear Non-Proliferation Act' von 1978, der - auch in Reaktion auf die indische Kernexplosion von 1974 - eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nukleartechnologie nur mit Ländern gestattet, die sich im Gegenzug zu entsprechenden Kontrollmaßnahmen bereit erklären. Zu diesem Gesetz gibt es eine Reihe von Zusätzen (Amendments), wie z.B. das 'Pressler-Amendment', das die Einstellung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit vorsieht, wenn es begründete Anhaltspunkte dafür gibt, daß ein Land über die Möglichkeiten zur Herstellung von Nuklearwaffen verfügt. Dieses 'Amendment' wurde 1990 gegen Pakistan in Kraft gesetzt und hatte die Einstellung der amerikanischen Wirtschafts- und Militärhilfe zur Folge.

Indisch-Pakistanische Verhandlungen

Um eine nukleare Abrüstung in Süd-

asien voranzutreiben gab es eine Reihe von regionalen und internationalen Initiativen. Bereits 1972 bemühte sich der damalige pakistanische Präsident Bhutto, Südasien zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, scheiterte jedoch am Einspruch Indiens. Auch von Seiten der westlichen Lieferländer wurde immer wieder versucht, Druck auf Indien auszuüben. 1982 forderten die USA Indien auf, im Gegenzug für eine weitere technologische Unterstützung die Schutzmaßnahmen der IAEA für alle seine Reaktoren zuzulassen. Die indische Regierung lehnte dies jedoch ab und verstärkte stattdessen seine technologische Zusammenarbeit mit Frankreich, das damals noch nicht den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hatte. 1985 schlug General Zia-ul-Haq den gleichzeitigen Beitritt Indiens und Pakistans zum Atomwaffensperrvertrag vor und Premierministerin Benazir Bhutto befürwortete die Öffnung aller pakistanischen Nuklearanlagen für internationale Inspektionen, wenn sich Indien ebenfalls zu diesem Schritt bereit erklären sollte. 1991 unterbreitete Premierminister Nawaz Sharif die Idee eines regionalen Non-Proliferations-Regimes und startete die Initiative für eine Fünf-Nationen-Konferenz, an der neben Indien und Pakistan auch Rußland, China und die USA teilnehmen sollten. Trotz zahlreicher diplomatischer Bemühungen scheiterte dieser Vorschlag im Januar 1992 an der fehlenden Bereitschaft Indiens. Auch über Vorschläge seitens der USA, z.B. jeweils eine, bislang noch nicht von der IAEA kontrollierte Anlage unter deren Aufsicht stellen zu lassen, wobei die Wahl der Anlage vom anderen Land bestimmt werden sollte, konnte bislang ebensowenig eine Einigung erzielt werden wie über die Initiative zur Errichtung einer 'Greater South Asia Nuclear Weapons-Free Zone'.

Indien hat bislang alle Vorschläge zur nuklearen Abrüstung in der Region zurückgewiesen. Da sich Indien vor allem durch das chinesische Atompotential bedroht fühlt, gingen die indischen Vorschläge dahin, China in eine Regelung miteinzubeziehen, wohingegen bilaterale Verhandlungen mit Pakistan abgelehnt wurden, da sie eine Aufwertung bzw. Gleichstellung Pakistans mit Indien implizierten. Neben einer Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen an der Waffenstillstandslinie in Kaschmir wurde 1988 ein Abkommen geschlossen, in dem beide Länder darauf verzichteten, im Konfliktfall die nuklearen Anlagen des Gegners anzugreifen.

Perspektiven

Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes haben sich auch in Südasien die alten Bündnislinien aufgelöst. Dies zeigt

die neue Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA sowie die Annäherung Indiens an China. Damit gewann Indien nicht nur international an Profil, sondern baute zugleich auch seine Stellung in der Region aus. Denn die Großmächte haben deutlich gemacht, daß sie Indien als regionale Vormacht betrachten und eine Lösung des Kaschmirkonflikts für sie nur durch bilaterale Verhandlungen in Frage kommt - eine eindeutige Stärkung der indischen Position.

Doch die Chancen, durch eine Zusammenarbeit der Großmächte, Regionalkonflikte beizulegen, wie dies in Afrika der Fall gewesen ist, und damit den konventionellen und nuklearen Rüstungswettlauf einzudämmen, erscheinen für Südasien weiterhin ungünstig. Denn der Kaschmirkonflikt, als zentraler Streitpunkt zwischen Indien und Pakistan, hat vor allem regionale Ursachen, denen zum einen verschiedene und sich gegenseitig ausschließende Staatsvorstellungen - religiöse versus säkulare Legitimation - zugrunde liegen. Zum anderen fehlt jeder Konsens über die Herangehensweise an eine Verhandlungslösung. Gestützt auf verschiedene Rechtspositionen und unterschiedliche Sicherheitsinteressen beharrt Indien auf bilateralen Verhandlungen, während Pakistan weiterhin eine multilaterale Lösung anstrebt. Darüber hinaus verhindern sowohl in Indien als auch in Pakistan wichtige Oppositionsparteien Zugeständnisse der demokratisch gewählten Regierungen in dieser Frage. Völlig unklar ist zudem, wie mit den Forderungen nach einem unabhängigen Staat Kaschmir umgegangen werden soll.

Da die bisherigen Vermittlungsversuche wenig erfolgreich waren, verfolgen die USA in jüngster Zeit eine neue Strategie. Auf Pakistan wird stärkerer Druck ausgeübt, z.B. durch die Aufrechterhaltung des 'Pressler-Amendments', um die Kappung des Nuklearprogramms zu erreichen. Indien gegenüber setzt man auf eine verstärkte wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit, die es mittelfristig auch ermöglichen soll, sensible Themen wie die Nuklearfrage und die Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir anzusprechen.

Angesichts dieser Konstellationen erscheint ein regionales Sicherheitssystem in Südasien in hohem Maße wünschenswert, denn neben dem indisch-pakistanischen Konflikt gibt es noch eine Reihe von Spannungen zwischen Indien und seinen anderen Nachbarn. Eine Beteiligung externer Mächte, z.B. der USA wie dies im 'Regional Forum' der ASEAN ('Association for South-East Asian Nations') der Fall ist, erscheint angesichts indischer Vorbehalte eher unwahrscheinlich. Als gemeinsames Forum könnte stattdessen die 'South Asian As-

sociation for Regional Cooperation' (SAARC) ein größeres Gewicht zufallen. Auf dem SAARC-Gipfel 1995 in Neu-Delhi wurde erstmals offiziell darüber debattiert, auch die bilateralen Konflikte, die bislang ausgeklammert sind, zum Gegenstand der Beratungen zu machen. Vor allem die kleineren südasiatischen Staaten beklagen, daß der Kaschmirkonflikt auch die Fortschritte in der SAARC behindert, zum Schaden der gesamten Region. Regionale Verhandlungen nach dem Vorbild der früheren 'Konferenz für Sicherheit und Zusam-

menarbeit in Europa' (KSZE) könnten hingegen mit Hilfe von vertrauensbildenden Maßnahmen, die von den Mitgliedsländern der SAARC überwacht werden, bestehende Konflikte entschärfen. Nur dadurch könnte langfristig der ressourcenverschlingende Rüstungswettlauf in der Region eingedämmt und die für die Entwicklung der Region so dringend benötigte Friedensdividende freigesetzt werden.

(Dr. Christian Wagner ist Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Moderner

Orient, Berlin. Der Artikel ist die gekürzte Version des Beitrags "Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasiens", Rostock 1995 - Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft 2 -. Der vollständige Artikel kann bezogen werden über: Universität Rostock, Presse- und Informationsstelle, Wissenschaftspublizistik, A.-Einstein Str. 23, 18051 Rostock. Zu diesem Beitrag siehe auch 'Südasiens', 4-5/95, S. 27 und 30).

Zur Rolle der Armee in Politik und Gesellschaft

von Jorge Scholz

Gerade noch rechtzeitig ist es den pakistanischen Behörden offenbar gelungen, einen unmittelbar bevorstehenden Militärputsch gegen die Regierung von Premierministerin Benazir Bhutto zu vereiteln. Wie die pakistanischen Medien erst vor kurzem meldeten, wurden bereits am 26. September mindestens 40 an der Verschwörung beteiligte Armeeeoffiziere verhaftet. In pakistanischen Radioberichten war sogar von mehr als 70 inhaftierten Militärs die Rede. Armee und Regierung hüllen sich bisher in Schweigen, so daß zumindest aus offizieller Quelle über die Hintergründe des gescheiterten Staatsstreichs wenig zu erfahren ist. Ein Regierungssprecher räumte lediglich ein, daß "einige Offiziere in Untersuchungshaft sitzen". Nach Angaben unabhängiger Zeitungen in Pakistan gilt der Kommandeur der Infanterie, Generalmajor Zahir-ul-Islam Abassi, als Kopf der Verschwörung. Ziel der aufgedeckten Rebellion war es nach diesen Berichten, ein islamisches Regime zu errichten. Bei Hausdurchsuchungen sind angeblich Redemanuskripte sichergestellt worden, die auch auf beabsichtigte "Säuberungsaktionen" gegen die Führungsriege der beiden großen Parteien 'Pakistan Peoples Party' (PPP) und 'Pakistan Moslem League' (PML) schließen lassen. Außerdem sollen die Putschisten eine Militärintervention in Kaschmir geplant haben, die unmittelbar nach der Machtergreifung starten sollte. Eine genauere Analyse und Beurteilung der Affäre ist beim jetzigen Informationsstand nicht möglich. Bedenkt man jedoch, daß Putschversuche der Militärs in der pakistanischen Geschichte ein häufiges Phänomen darstellen - es handelt sich bereits um den siebenten, wovon zwei davon (1958 und 1977) erfolgreich waren -, lohnt sich ein Blick auf die besondere Rolle der Armee in diesem noch jungen Staat.

Die herausragende soziale und politische Stellung des Militärs wird vor allem mit dem Dauerkonflikt mit Indien um Kaschmir legitimiert. Geprägt vom traditionellen britischen Korpsgeist und getragen von einem entsprechenden elitären Bewußtsein, versteht sich die Armee als die tragende Säule des pakistanischen Staates. Die permanenten innen- und außenpolitischen Krisen, aber auch die schamlose Korruption und Unredlichkeit vieler Politiker boten den Generälen immer wieder gute Gründe für die Etablierung einer Militärherrschaft, um aus ihrer Perspektive Pakistan vor Chaos und Zusammenbruch zu bewahren. Es versteht sich von selbst, daß diese Interventionen immer auch im Sinne wohlverstandenen Eigeninteresses der Sicherung von Pfründen und Privilegien dienen.

Dem gewandelten Geschmack der Weltpolitik angepaßt,

droht die Armee heutzutage lieber mit Paragraphen statt mit Panzern, um den zivilen Politikern die gewünschten Zugeständnisse und Finanzen abzurufen: Der 8. Verfassungszusatz, den Militärdiktator Zia-ul-Haq 1985 mit Hilfe eines Marionetten-Parlaments in die heute noch gültige Verfassung einrücken ließ, bietet der Armeeführung ein geeignetes Instrumentarium, um aus dem Hintergrund über den Präsidenten unliebsame Regierungen jederzeit stürzen zu können. Vorteilhaft ist dabei eine Sitzverteilung im Parlament, die keiner Partei die absolute Mehrheit garantiert, wie es derzeit der Fall ist.

Die Politik der Armee wird an erster Stelle von außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen geleitet, die fast ausschließlich auf den übermächtigen "Erzfeind" Indien ausgerichtet sind. Außenpolitisch bedeutet dies in der Praxis die Schwächung Indiens auf allen Ebenen bei gleichzeitiger Stärkung der eigenen Position, etwa durch Absicherung des Nachschubs für militärische Ausrüstung und Ersatzteile. Innenpolitisch bevorzugt die Armee eine stabile Regierung, die im Inneren für Sicherheit und Ordnung sorgt. Wirtschaftspolitisch ist den Militärstrategen an einer leistungsstarken Industrie und Landwirtschaft gelegen, um die ökonomische Basis der militärischen Absicherung gegenüber Indien zu erhalten.

Sobald innenpolitische Krisen die äußere Sicherheit gefährden, greift die Armee auch heute noch ein. Als 1991/92 die "Kalaschnikow-Kultur" in der Südprovinz Sindh und vor allem in der Millionenmetropole Karachi katastrophale Ausmaße annahm, reagierten die Militärs mit einer großangelegten Offensive, einer Quasi-Besetzung. Mit Waffengewalt konnte so zumindest vorübergehend ein Rückgang der millitanten Auseinandersetzungen im Sindh durchgesetzt werden. In den Metropolen Karachi und Hyderabad entpuppte sich die Militäroperation zum einseitigen Kesseltreiben gegen die Partei der urdusprachigen Mohajirs, die 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM), die 1983 mit dem Wohlwollen der Generäle gegründet worden war, um die PPP von Benazir Bhutto in ihrer Hochburg Sindh zu schwächen. Da jedoch die MQM bis zu Beginn der neunziger Jahre in den urbanen Zentren des Südens zur führenden politischen Kraft aufstieg, so daß sie im Einzelfall sogar das Militär herausfordern konnte, entschloß sich die Armee im Sommer 1992 zur Zerschlagung dieser Machtfülle, um in diesen Städten das vermeintlich bedrohte Machtmonopol des Staates - genauer: der Armee - durchzusetzen. Als jedoch der Konflikt in Karachi Ende letzten Jahres trotz ständiger Truppenpräsenz erneut aufflammte und die Männer in Khaki immer häufiger in den